

## Fadegrad



von  
Stefan Urech

## Wahrnehmungsverzerrungen

Die Stadt Zürich betreibt zahlreiche Fachstellen, eine davon nennt sich «Fachstelle für die Gleichstellung der Geschlechter» und bezweckt «die Gleichstellung von Frau und Mann und von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, trans\* und intergeschlechtlichen (inter\*) Menschen in allen Lebensbereichen». Gemäss dem Auftrag von Stadt- und Gemeinderat soll sich der Fokus auf die Gleichstellung der Geschlechter unter den städtischen Kaderangestellten richten. Die Fachstelle umfasst ein zehnköpfiges Team (neun davon sind Frauen) und kostet den Steuerzahler jährlich rund zwei Millionen Franken. Die SVP bekämpft die staatliche Finanzierung dieser Institution seit Jahren. Dafür erntet sie jeweils Hohn, Spott und massiven Widerspruch von den Mitte-Links-Parteien und den Medien. Wir hätten ein veraltetes Weltbild und wünschen uns alle Frauen wieder an den Herd zurück, wird von dieser Seite jeweils moniert. Wie könne man nur eine Institution infrage stellen, deren Zweck es sei, allen Menschen gleiche Chancen zu ermöglichen! Wer allerdings einen Blick in das Jahreshaft der Fachstelle wirft, stellt bald fest, dass die Bemühungen um Gleichstellung, auf die ja der an sich sympathische Titel der Fachstelle hinweist, nur einen kleinen Anteil des Jahresprogramms ausmachen. Es dominiert hingegen die Bewirtschaftung eines Sammeluriums anderer, teilweise recht bizarrer Themen. Beispiele gefällig? Dieses Jahr wurde zusammen mit dem «Mannebüro» (eine andere städtisch finanzierte Institution) eine Fachtagung zum Thema «Porno-Stress» organisiert. Daran nahmen «über 250 Fachleute» für Porno-Stress teil und machten sich Gedanken zum Einfluss des Pornografie-Konsums auf die «Geschlechterrollen sowie Paarbeziehungen». Schliesslich kam man an dieser Tagung zum Schluss, dass an den Schulen vermehrt «Pornografie-Kompetenzen» gefördert werden sollten, mit dem Ziel, den negativen Effekt des Porno-Konsums auf das Geschlechterrollenverständnis der Jugendlichen zu verhindern. Des Weiteren wurde eine «feministische Geografin» der Uni Bern mit der Durchführung einer Studie zum Zürcher «Nanny-Arbeitsmarkt» beauftragt. Diese Studie gelangte zur Feststellung, dass der private Arbeitsmarkt für Kindermädchen trotz des guten Angebots an öffentlichen Betreuungsplätzen bedrohlich schnell wachse. Man ist offensichtlich besorgt über die private Konkurrenz. Ebenso hat eine sogenannte «Diversity-Expertin der Hochschule St. Gallen das Interesse der Fachstelle geweckt. Diese Frau sensibilisiert das Kader der stadtzürcherischen Verwaltung in Bezug auf «unbewusste Vorurteile» und «Wahrnehmungsverzerrungen», die «ausserhalb unserer willentlichen Kontrolle» liegen und unsere Entscheidungsfähigkeit beeinflussen. Alles klar?

## Brot und Spiele

Ob Religion LSD für das Volk sein soll, darüber kann gestritten werden. Kein Zweifel jedoch besteht in der Tatsache, dass Geld das Heroin der Linken ist. Der geneigte Leser ahnt es bereits; Hauptthema ist selbstverständlich das Budget der Stadt Zürich, in welchem die linksgrüne Mehrheit erneut den Offenbarungseid der Verantwortungslosigkeit ablegt.



Derek Richter  
Gemeinderat SVP  
Zürich Kreis 03

Der Finanz- und Aufgabenplan zeigt es deutlich; der Stadtrat denkt im keiner Sekunde daran, für künftige Generationen eine gesicherte finanzielle Zukunft zu hinterlassen. Trotz erneuter Rekordsteuereinnahmen hat er gerade einmal ein Plus von etwas mehr als 30 Millionen Franken veranschlagt. Dies bei Einnahmen von 9 Milliarden Franken – also nicht einmal ein halbes Prozent. Das Zürich jedoch kurz- und langfristige Schulden, d.h. Fremdkapital, von über 8,5 Milliarden Franken angehäuft hat und diesen Schuldenberg sogar noch bis ins Jahr 2023 auf 11 Milliarden Franken steigern will, wird die Stadt Zürich in schwere Zeiten treiben.

## Die Ursachen sind vielfältig

Was ist jedoch die Ursache der sich anbahnenden Finanzkatastrophe? Der Hauptgrund ist natürlich in der Geldgier und der Verantwortungslosigkeit unserer Lokalsozialisten zu finden. Auch die Null-Zins-Politik der Europäischen Zentralbank EZB bzw. auch in unserer Schweizerischen Nationalbank SNB im Schlepptau tun ihr Übriges.

Da diese Stadtregierung es wie kaum jemand sonst schafft, eine schlechte Situation auch noch zu verschlimmern, sei hier noch die Einführung der abenteuerten Liegenschaften-Bewertung durch einen ehemaligen FDP-Stadtrat erwähnt. Obwohl rechtlich nicht anfechtbar, ist der Wert der stadtzürcher Immobilien in den Aktiven von rund 14 Milliarden enthalten. Wer hätte die Mittel und würde diese Immobilien in einem Rutsch übernehmen? Diese Be-

## DIENST STATT EHRGEIZ

## Dienst und Qualität vor Macht und Quoten

Die Auswahl von Politisierenden kann zu wenig optimalen Ergebnissen führen, wenn die Kriterien zu sehr auf starre Quoten wie Geschlecht und Jahrgang fixiert sind und sich das Intrigieren darüber hinaus als erfolgreich erweist.



Bernhard im Oberdorf  
Gemeinderat SVP  
Zürich Kreis 06/12

Man stelle sich vor, jemand steht an der Spitze eines Staates oder einer Organisation und hat da gar nie hingewollt. Wer konventionell denkt, würde entsetzt den Kopf schütteln und darüber die Hände zusammenschlagen. Es kann aber auch sein, dass gerade dies die beste Wahl ist.

## Dienst statt Ehrgeiz

Wer an der Spitze einer Nation oder in Parlamenten die Verantwortung trägt, hätte dort oft eigentlich gar nicht mit dem eigenen Ehrgeiz ankommen wollen. Vielmehr sollten das Persönlichkeiten sein, die das, was für andere ein ambitioniertes Ziel ist, gar nicht anstreben. Stehen sie dann doch in der Verantwortung, dann ist es für sie ein Dienst an der Gesellschaft, den sie so gut wie möglich wahrnehmen wollen. Eine solches Dienstverständnis ist nicht gebunden an ein Geschlecht oder an einen Jahrgang, es ist ein Kriterium, das die Herkömmlichen auf den Kopf

wertung ist also völlig unrealistisch und nur auf sehr geduldigem Papier lassen sich solche Zahlen drucken.

## Fraktionserklärung der SVP

In der Fraktionserklärung unserer beiden RPK-Vertreter Susanne Brunner und Roberto Bertozzi weisen sie unter anderem auf die Tatsache hin, dass nächstes Jahr über 200 Stellen bei der Verwaltung geschaffen werden sollen, dies mit der Begründung des ungebremsten Bevölkerungswachstums.

Wenn diese Grösse als alleiniges Kriterium erhalten sollte, dürften jedoch nicht mehr als rund 200 Stellen vor allem in der Schule geschaffen werden, jedoch ist die etatistische Mehrheit in diesem Gemeinderat um keine noch so billigen Begründungen verlegen, mehr Staat und somit mehr Ausgaben zu fordern.

So sollen unter anderem allein sechs Stellen für den Veloverkehr und eine Stelle für «internationalen Bahnverkehr» geschaffen werden, was natürlich von der SVP-Fraktion mit bissigen Voten abgelehnt wurde. Werden doch gerade solche Velo- und ÖV-Massnahmen dazu missbraucht, den motorisierten privaten bzw. gewerblichen Personen- und Warenverkehr aus der Stadt zu gängeln und auszugrenzen. Die SVP fordert, die Steuern seien um 3 Prozent zu senken, aber verweigert gleichzeitig der populistischen Forderung, einer Senkung um 6 Prozent vonseiten FDP, die Gefolgschaft. Eine gesunde Finanzplanung ist eine langfristige Angelegenheit und kein Spielball kurzfristiger Eigeninteressen.

Wenn Kommunisten eine Budgetverbesserung fordern, dann sollte man genau hinsehen. Die AL wollte der Stadtpolizei Mittel für eine Prävention Software namens Precobs «Pre Crime Observation System» streichen. Ob sie die frei werdenden Mittel für eine von

stellt. So können paradoxerweise Männer oft auch die Anliegen von Frauen verstehen und vertreten; Frauen können dies auch, aber nicht zwingend immer; in der rot-grünen Szene sind es oft auch Frauen, die karrieretechnisch genau das beherrschen, was man als männliche Eigenschaften bezeichnet.

## Erfolg durch Einbezug von Erfahrung

Das gilt auch beim Alter: Junge können starr und verknöchert sein, ältere hingegen jung im Geist. Eine Partei kann sich glücklich schätzen, wenn sie über Kandidierende verfügt, die das Spektrum des älteren Wählersegmentes abdecken, gleichzeitig aber mit ihrer Vitalität und ihrer Einstellung auch jugendliche Werte verkörpern.

Es ist daher wenig zielführend, sich bei der Auswahl starr auf Quoten nach Geschlechtern und Jahrgängen zu fixieren. Mit einer solchen Arithmetik kann man zwar kurzfristig Listen mit einem tieferen Durchschnittsalter «schönen», in der Realität aber böse Überraschungen erleben. Mit jenen, die ihre Karriere gerade mit Quoten und Kriterien berechnen, hat man schon oft negative Überraschungen erlebt, dann wird man die so geförderten und gerufenen Geister nur schwer wieder los.

## AUS DEM ZÜRCHER GEMEINDERAT

ihnen geforderte Tafel am Eingang des Bundesasylzentrum mit der Aufschrift «Welcome» einsetzen wollten oder ob sie gar ihr radikale Klientel bzw. sogar sich selber schützen will, bleibt offen. Gerade was Dämmerungseinbrüche anbetrifft, hat sich diese Software als hilfreiches Mittel zur Vorhersage von Einbrüchen bewährt. Eine effektive Bewachung unserer Grenzen wäre jedoch aus Sicht der SVP weit effektiver als ein statistisches Vorhersagen, wenn und wo der nächste Einbruch bzw. das nächste Verbrechen stattfinden soll.

Die Wildwest-Anschläge auf Geldtransporter im Welschland sprechen Bände. Immerhin zeigten alle anderen Parteien mehr Verantwortung und folgten der Argumentation des Schreibers und sprachen folglich der Polizei diese Mittel zu. Dies, obwohl die Stadtpolizei die himmeltraurige Aufgabe hat, erneut über 60 Millionen durch Verkehrsbussen beim motorisierten Verkehr einzutreiben, an das Märchen der

Verkehrssicherheit glaubt in diesem Land niemand mehr.

## Sparen?

Ebenso ungläubig ist die Behauptung, man könne bei einer Belegschaft von über 22 000 Personen nicht 1 Prozent durch Teilzeit, Fluktuation etc. sparen. Alleine dieses Wort «sparen» lässt jedem aufrechten Sozialisten das Blut in den Adern gefrieren.

Was in der Privatwirtschaft völlig normal ist, scheint beim Staat die Apokalypse darzustellen.

Man arbeite schliesslich hart und bringe den Bewohnern grossen Mehrwert. Aha.

Die Parallelen sind erdrückend; bereits vor 1500 Jahren ging eine Stadt aufgrund des schleichenden Wertezersfalls, der zum Niedergang der militärischen und ökonomischen Stärke führte, elendiglich zugrunde. Am Ende suhlte man sich nur noch in dekadenter «Brot-und-Spiele-Mentalität» und zeigte sich erstaunt über den Untergang. Heute jedoch sind Zahlen und Prognosen präsent und man müsste sich die Frage «Zürich: Quo vadis?» nicht mehr stellen.

## FRAKTIONSERKLÄRUNG SVP ZUM BUDGET 2020

## Verschuldung senken, Steuern senken, jetzt!

Was reinkommt, geht wieder raus: So wird der Haushalt der Stadt Zürich seit Jahren geführt. Mit dem Mantra der «wachsenden Stadt» begründet der Stadtrat Jahr für Jahr, warum jährlich steigende Steuereinnahmen gänzlich ausgegeben werden müssen. So auch im Budget 2020. Bei einem Haushalt von 8,9 Milliarden Franken budgetiert der Stadtrat mit 35 Millionen Franken Überschuss eine schwarze Null.

Das Budget 2020 sieht ein ungezügelt Stellenwachstum vor. Zusätzliche 523 Stellen sollen es sein. Dieses sprunghafte Wachstum der Stadtverwaltung folgt nicht einem Naturgesetz, es basiert auf politischen Entscheidungen des links-grünen Stadtrats. Aus diesem Grund werden Skaleneffekte der wachsenden Stadt von der Stadtverwaltung geradezu aufgefressen. Im Finanz- und Aufgabenplan 2020–2023 sieht der Stadtrat einen sinkenden Selbstfinanzierungsgrad vor. Parallel dazu sollen die langfristigen Schulden von 5,1 Milliarden im Jahr 2018 auf 8,4 Milliarden im Jahr 2023 Franken steigen. Es ist zu verführerisch zurzeit, Schulden zu machen, da das Zinsniveau unglaublich tief ist.

Um gegen Kritik einer unkontrollierten Schuldenwirtschaft gerüstet zu sein, hat sich die Stadt dieses Jahr erstmals bei Standard & Poor's ein Rating bestellt. Note AA+ ist das ansehnliche Resultat. Diese Note fusst jedoch nicht auf der zurückhaltenden Haushaltsführung des Stadtrates. Das Resultat spiegelt vielmehr die grosse Wirtschaftskraft der Region Zürich, die gute Wirtschaftslage und die wachsende Stadtbevölkerung, was sich in jährlichen Rekord-Steuereinnahmen manifestiert.

Sprunghaftes Wachstum der Stadtverwaltung und sinkender Eigenfinanzierungsgrad: Diese beiden Entwicklungen müssen uns alarmieren. Beides wird als wiederkehrender Kostenblock in jedem Budget zu finden sein. Vor allem die steigenden Schulden können zum explosiven Geschenk für nachfolgenden Generationen mutieren. Niemand weiss, auf welchem Niveau sich die Zinsen in 20 Jahren befinden werden. Natürlich müssen Investitionen einer wachsenden Stadt gerecht werden. Schulhäuser beispielsweise müssen gebaut werden. Die SVP unterstützt auch ein hohes Tempo bei der Digitalisierung mit den damit verbundenen Kosten und Investitionen. Wir erwarten jedoch, dass sich diese Investitionen künftig in tieferen wiederkehrenden Kosten in den Departementen auszahlen. Nicht jeder Verkehrsknoten in der

Stadt soll zur Begegnungszone umgebaut werden. Auch der verfehlt Parkplatz-Abbau kostet viel Geld. Die Transformation der Stadt Zürich in ein Reservat des Langsamverkehrs ist schädlich für die Bewohner und das Gewerbe. Diese Investitionen sollten gänzlich gestrichen werden.

Dass solche Politik die Standortattraktivität beschädigt, hat der Wegzug der AMAG dieses Jahr eindrücklich belegt. Die AMAG hat im Kanton Zug ihren neuen Hauptsitz gebaut, nicht in der Stadt Zürich.

Schwarze Null und keine Steuersenkung: Diese sture Haltung des Stadtrates ist aus der Zeit gefallen. Es muss mehr rausschauen für die Bürger! Denn es sind die Steuerzahler, welche diese Stadt tragen, nicht die allergrösste, allerbeste Stadtverwaltung der Welt. Die SVP-Fraktion stellt zahlreiche Anträge zur Verbesserung des Budgets, wir hoffen auf Unterstützung in diesem Rat. Denn gute Finanzpolitik beutet die jetzigen Steuerzahler nicht aus und bereitet keinen Gabentisch mit explosiven Geschenken für die nachfolgenden Steuerzahler-Generationen.

Um diesen beiden Ansprüchen gleichzeitig gerecht zu werden, beantragt die SVP eine Senkung des Steuerfusses um 3 Prozent und eine Kürzung bei den Anleihen von 200 Millionen Franken.

